

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

**Protokoll**

18. Sitzung (nicht öffentlich)

28. November 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/766, 11/810, 11/838

Zuschriften 11/982, 11/1011, 11/1046, 11/1066

Der Ausschuß beschäftigt sich mit einem von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag für den Bereich "Polizei".

**2 Stand der Beratungen der Bundesratskommission zur  
Verfassungsreform**

**2**

Von seiten eines Vertreters des Innenministers erfolgt ein ausführlicher Bericht, dem sich eine kurze Diskussion anschließt.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß der Ausschuß regelmäßig über die Arbeit der Verfassungskommission unterrichtet wird.

**3 Parteienvereinbarung zur Asylpolitik zügig umsetzen**

**9**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/2638 - Neudruck -  
Zuschrift 11/1046

in Verbindung damit

**Forderungen nach einer realistischen und konsequenten  
Asylpolitik**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/2345  
Vorlage 11/768  
Zuschriften 11/962, 11/983, 11/987, 11/989

sowie

**Sozialausweis für Asylbewerber zur Verhinderung  
unberechtigten Mehrfachbezuges von Sozialleistungen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/2005

und

**Leistungsmissbrauch bei Asylbewerbern wirksam bekämpfen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/2007 - Neudruck -

Die Sprecher und die Sprecherin der Fraktionen wollen sich zur Vorbereitung eines Hearings am 13. Dezember um 13.00 Uhr treffen.

**4 Umsetzung der Bonner Allparteienvereinbarungen zur Asylpolitik 9**

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Staatssekretärs aus dem Innenministerium entgegen und beschäftigt sich in einer Aussprache mit den Stichworten "Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte", "Reaktion der Gemeinden auf die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften", "Freisperrung" und "Gebietskontakt in einem 'sicheren' Drittland".

**5 Freie Heilfürsorge für Polizeibeamte: Gegenwärtiges System - Reformüberlegungen des Ministeriums 6**

Dazu berichtet ein Vertreter des Innenministers.



### Aus der Diskussion

#### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

(Das Abstimmungsergebnis ist der Vorlage 11/938 zu entnehmen.)

**Abgeordneter Frechen (SPD)** verweist auf seine Ausführungen in der 17. Sitzung des Ausschusses. Die SPD-Fraktion lege nunmehr den damals angekündigten Antrag vor, der somit ordnungsgemäß beraten werden könne (s. Vorlage 11/938 und Anlage).

Die in dem Antrag enthaltenen Zahlen dürften nicht hochgerechnet werden; es handele sich um ein Signal. Anfang 1992 werde man sich dann ausführlich mit den diversen Problemen des Bereiches "Polizei" beschäftigen.

Die Ausbringung 1 000 zusätzlicher Stellen A9 gD führe zu einem dreifachen Effekt: 1 000 Beamte stiegen in den gehobenen Dienst auf, 1 000 von A8 nach A9 und 1 000 weitere von A7 nach A8.

Hinsichtlich einiger noch ungeklärter Fragen werde der Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen. Der Innenminister werde aufgefordert, ein Konzept zur Überführung der Beamtinnen und Beamten in den gehobenen Dienst zu entwickeln, nach dessen Vorliegen der Haushalts- und Finanzausschuß und der Unterausschuß Personal die vorgeschlagene Maßnahme sicherlich absegnen würden.

**Abgeordneter Paus (CDU)** kritisiert den Ansatz als zuwenig für Polizeibeamtinnen und -beamte, die, wären sie Angestellte, aufgrund der Tätigkeitsbeschreibung einen einklagbaren Anspruch auf Höhergruppierung besäßen. Als Signal, das Kienbaum-Gutachten in absehbarer Zeit umsetzen zu wollen, könne er einen Ansatz von 1 000 Stellen nicht werten.

Nachdrücklich unterstreichen wolle er, das die Umsetzung nur anhand eines Gesamtkonzeptes möglich sei.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
18. Sitzung

28.11.1991  
ni-mj

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** unterstützt die Forderung nach einem Gesamtkonzept. Ohne dieses sehe sie sich außerstande, Einzelmaßnahmen zuzustimmen.

Der Antrag spiegele die Hilflosigkeit gegenüber der Tatsache wieder, daß die Beamtenschaft der Polizei gebannt auf die Aktionen des Landtages infolge des Kienbaum-Gutachten starre.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** nennt einige Aspekte, weshalb ein Konzept, welches auch die SPD-Fraktion für erforderlich halte, noch nicht ausgearbeitet sein könne. Darunter vielen die Fragen, ob der Aufstieg per Gesetz oder Prüfung stattfinden und wie die Ausbildung zukünftig aussehen solle - Stichwort: zweigeteilte Laufbahn -, die Frage der Notwendigkeit einer Abstimmung mit den anderen Bundesländern - überhaupt noch nicht geäußert hätten sich Baden-Württemberg und Bayern; Hessen und Nordrhein-Westfalen seien die ersten, die Initiativen entwickelt hätten -, und verständlicherweise fehle es noch an der Stellungnahme des Finanzministers.

Als unzulässig wertet Herr Frechen folgende Hochrechnung: 1 000 Stellen pro Jahr bei 30 000 Beamtinnen und Beamten insgesamt = 30jährige Umsetzung.

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** ermahnt dazu, von seiten des Innenministers den Finanzminister in die Pflicht zu nehmen, sich vordringlich dem in Rede stehenden Thema zu widmen; in Anbetracht seines großen Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstabes könne man ein rasches Handeln erwarten.

## 2 Stand der Beratungen der Bundesratskommission zur Verfassungsreform

**Ministerialdirigent Engel (Innenministerium)** berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ausgangspunkt für die Beratungen der Bundesratskommission zur Verfassungsreform ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Aufgrund des Einigungsvertrages gilt seit dem 03. Oktober 1990 das Grundgesetz in der erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Artikel 5 des Einigungsvertrages enthält unter der Überschrift "Künftige Verfassungsänderungen" eine Empfehlung an die gesetzgebenden Körperschaften - Bundestag und Bundesrat -, sich innerhalb von 2 Jahren mit den im